



Die Staatsanwältin (links) wirft dem Beschuldigten vor, er habe seine Patientinnen und Patienten im Stich gelassen. Illustration: Karin Widmer

«Sie sagten, ich sei bei dem Beschuldigten in guten Händen»

Prozess Betroffene der gefährlichen Implantate berichten von Schmerzen und davon, wie sehr sie ihrem Arzt vertrauten – aber arg enttäuscht wurden. Ihm wird schwere Körperverletzung vorgeworfen, er bestreitet das.

Catherine Boss
und **Roland Gamp**

Sie haben ihrem Arzt vertraut. «Ich habe mich auf ihn verlassen», sagt ein Patient gestern vor dem Regionalgericht Bern-Mittelland. Eine Patientin gibt an, der Arzt habe immer von einem guten Produkt gesprochen. «Das habe ich natürlich gern gehört, da ich sportlich aktiv war, im Berufsleben stand und zwei kleine Kinder zu Hause hatte.»

Die Berner Staatsanwaltschaft wirft dem angeklagten Professor schwere Körperverletzung vor – und dass er seine Patientinnen und Patienten im Stich gelassen habe. Er bestreitet das, für ihn gilt die Unschuldsumsetzung. Auf Anordnung des Gerichts ist es den anwesenden Medienschaffenden untersagt, seinen Namen zu nennen. Diese Redaktion wehrt sich derzeit gerichtlich dagegen.

Bei zwei Frauen zerbröselte die Prothese im Rücken

Am zweiten Prozesstag reden die Betroffenen. Es sind Patientinnen und Patienten, die wie viele Menschen in der Schweiz an starken Rückenschmerzen litten. In ihrem «Rückenreport 2020» bezeichnet die Rheumaliga Rückenschmerzen als «epidemisches Volksleiden mit erheblichen gesundheitlichen, sozialen und finanziellen Folgen».

Die Betroffenen, die im Prozess in Bern auftraten, suchten ab 2010 in ihrer Not Hilfe bei einem der bekanntesten Orthopädienspezialisten der Schweiz. Er operierte im Salet-Salem der Hirsländli-Gruppe. Doch statt nachhaltiger

Hilfe erhielten sie eine Bandscheibenprothese aus Kunststoff – die sogenannte Cadisc-L – implantiert, die versagte. Bei zwei Frauen zerbröselte sie im Rücken und musste in einer Nachoperation Stück für Stück wieder rausoperiert werden, bei anderen verkapselte sich das Implantat zwischen den Wirbeln. Ein Patient berichtet, er habe wegen der Schmerzen bis heute Probleme zu schlafen und könne nicht mehr joggen oder lange stehen. Eine andere Betroffene gab an: «Irgendwann ging nichts mehr, ich konnte nicht mehr selbst aus dem Bett aufstehen, keinen Haushalt mehr machen, mich nicht mehr um die Kinder kümmern.»

Professor hatte «finanzielles Interesse am Erfolg»

Der Professor pries das Implantat bei seinen Patientinnen und Patienten, aber auch auf Kongressen als Innovation an, er war bei der Entwicklung selbst dabei und erhielt von der Herstellerfirma Honorare. Wie in einer früheren Untersuchung von Hirsländen steht, hatte er von der Firma eine Option zum Kauf von Aktien und «besass demnach ein direktes finanzielles Interesse am Erfolg» des Produkts.

Den Patienten war dies jedoch nicht bekannt, wie sie alle gestern vor Gericht aussagten. Sonst hätte sich für ihn die Sachlage grundsätzlich verändert, gab einer von ihnen an. Wenn ein Arzt an einem Produkt beteiligt sei und ökonomisches Interesse habe, verhalte er sich bei der Auswahl

eines Produkts anders. «So wie er auftrat, glaube ich, dass er unabhängig war», sagte der 61-jährige. Weder seine wissenschaftliche noch seine finanzielle Beteiligung habe der Arzt je erwähnt, sagte eine andere Patientin.

Der Prozess zeigt, wie die Patienten das neuartige Implantat nicht hinterfragten. «Ich war 24 Jahre alt und froh, dass man mich ernst nahm», sagte eine Betroffene. «Und als er das Implantat

«Ich war 24 Jahre alt und froh, dass man mich ernst nahm.»

Eine Betroffene vor Gericht

vorschlug, habe ich sofort Ja gesagt und nicht nachgefragt.» Ein anderer Patient hat in seiner Familie mehrere Ärzte. Der Gerichtspräsident wollte von ihm wissen, ob die Mediziner ihm rieten, eine Zweitmeinung einzuholen. «Im Gegenteil», antwortete der Betroffene, «sie sagten, ich sei bei dem Beschuldigten in guten Händen.»

Ursprünglich hat der Berner Professor das neuartige Implantat an Affen getestet. Die Resultate waren ernüchternd, das Implantat verursachte von Anfang an Probleme. Trotzdem entschied die Herstellerfirma, wissenschaft-

lich beraten unter anderem vom angeklagten Arzt, das Produkt an Menschen zu testen. Auch hier kam es schon ab 2010 zu Problemen. Am Prozess sagten alle Patientinnen und Patienten, dass sie davon nichts gewusst hätten. «Von Versuchen an Affen habe ich nie etwas gehört», sagte ein 65-jähriger Patient.

Patienten erfuhren nichts vom Rückruf

Die Betroffenen führten zudem aus, dass ihnen wichtige Informationen fehlten. Die übliche Patientenaufklärung vor der Operation führte bei zwei Personen eine Assistenzärztin des Professors durch. Doch ausgerechnet sie sagte am Vortrag in der Befragung, sie habe nicht gewusst, dass das Implantat neuartig war. Es sei ihr auch nicht bekannt gewesen, dass es keine Langzeiterfahrungen damit gebe und der Professor an der Entwicklung mitbeteiligt gewesen sei.

Dass es mit dem Implantat keine längeren Erfahrungen gab, wussten die Patienten ebenfalls nicht, wie sie sagten. Auch nicht, welche spezifischen Risiken es barg. Der Gerichtspräsident wollte wissen, ob ihnen erklärt worden sei, dass sich ein Implantat verschieben oder auch kaputtgehen könne. Die Betroffenen antworteten mit Nein.

2014 musste die Firma die Prothese schliesslich vom Markt nehmen, weil schwere Mängel festgestellt wurden. Der Beschuldigte wurde von der Herstellerfirma mehrfach aufgefordert, ein Formular auszufüllen, in dem

festgehalten war, dass er seine Patienten aufbieten und kontrollieren sollte. Doch der Professor schrieb neben die gewünschten Massnahmen handschriftlich den Vermerk «Nein!» und schickte es unterschrieben zurück. Seine Patienten erfuhren deshalb nichts vom Rückruf.

Ein 61-jähriger Patient erzählt dem Gericht, was er diesbezüglich erlebt hat. Als diese Redaktion den Fall 2018 publik machte, bot der Arzt seine Patientinnen und Patienten zu einer Kontrolle auf. «Zu diesem Treffen nahm ich das Papier mit dem Rückruf der Firma mit», erzählt er. Er habe dem Professor gesagt, dass es auf dem Papier für die Ärzte Verhaltensmassnahmen gebe, ob er das nicht erhalten habe. Daraufhin habe der gesagt, das sei für ihn neu, er gehe dem nach. «Ich war völlig perplex.»

«Mir wäre ganz sicher einiges erspart geblieben»

Die Patientin, bei welcher das Implantat in der Zeit rund um den Rückruf ein Loch in den Wirbeln gefressen hat, sagt, sie wäre dankbar gewesen, hätte man sie über den Rückruf informiert. «Ich war über die Schmerzen sehr frustriert und kann nicht nachvollziehen, dass man mir nichts sagte. Mir wäre ganz sicher einiges erspart geblieben.»

Der Berner Arzt wird Ende Woche befragt. Seine Verteidigerin sagte gegenüber dieser Redaktion in der Vergangenheit, ihr Mandant habe sich «sowohl rechtlich als auch berufsethisch korrekt verhalten».

Rotgrün fokussiert auf Solidarität und Klima

Regierungswahlen SP und Grüne haben gestern in Bern ihren Wahlkampf für die kantonalen Wahlen im März lanciert.

Solidarität, Klimafreundlichkeit und Verlässlichkeit: mit diesen Werten wollen SP und Grüne den Kanton Bern in den kommenden Jahren vorwärts bringen. «Zäme witercho» ist denn auch das Motto, mit dem Rotgrün in den Wahlkampf für die kantonalen Wahlen Ende März steigt.

Rotgrün steigt mit einem Viertertel ins Rennen. Die bisherige Regierungsrätin Evi Allemann (SP) tritt zur Wiederwahl an. Nationalrätin Aline Trede (Grüne), der Langenthaler Stadtpräsident Reto Müller (SP) und der Gemeindepräsident von Trame-lan und alt Grossrat Hervé Gullotti (SP) vervollständigen das Regierungsratssticket.

Widrigkeiten nie gescheut

Die Linke habe sich noch nie vor Widrigkeiten gescheut, betonte Hervé Gullotti, angesprochen auf die Ausgangslage im Wahlkampf. «In einer Zeit, in der die Rechte mit Populismus in ganz Europa einen Aufschwung erlebt, ist es mehr denn je notwendig, linken Positionen zum Durchbruch zu verhelfen.»

Die Bürgerlichen politisieren an der Bevölkerung vorbei, so die Kritik von rotgrüner Seite. Auf der einen Seite stünden Abbauprogramme, die mit angeblichen Sparzwängen begründet würden, auf der anderen Seite jedoch Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche.

SP und Grüne versprechen stattdessen, sich für eine solidarische Gesellschaft, ein flächendeckendes Gesundheitssystem, tragbare Krankenkassenprämien, Klimaschutz und Energie-wende einzusetzen.

Ein starker Kanton achte die Würde jedes Menschen, Sorge für Sicherheit, vollständige rechtliche Rahmenbedingungen und Gleichstellung. So entstünden Sicherheit, Vertrauen und nachhaltige Perspektiven – auch und gerade in Zeiten unsicherer Weltlage, sagte Regierungsrätin Evi Allemann.

Gesundheit und Klima seien Themen, die die Bevölkerung gemäss aktuellen Sorgenbarometern umtrieben, führte Nationalrätin Aline Trede aus. Klimaschutz könne man nicht auf vielleicht irgendwann bessere Zeiten verschieben, gab Trede zu bedenken.

Gezielte Investitionen tätigen

Die Wirtschaft wiederum sei angewiesen auf einen starken und handlungsfähigen Staat, betonte Reto Müller. Der Kanton sei jedoch kein Konzern und dürfe auch nicht so geführt werden, betonte der Langenthaler Stadtpräsident. Ein Unternehmen könne sich aus unrentablen Bereichen zurückziehen, der Staat könne und dürfe das nicht.

Statt Steuergeschenke brauche es gezielte Investitionen in das, was den Kanton stark mache: Gesundheit, Soziales, Bildung, Mobilität und auch Sport und Kultur. Letztere seien nämlich keine Kostenträger, sondern Standortfaktoren.

Der Kanton müsse die Rahmenbedingungen so gestalten, dass bestehende Arbeitsplätze erhalten bleiben und neue entstehen könnten. (SDA)